Reglement des Solidaritätsfonds

1. Zweck

Die Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft Zürich (GBMZ) führt einen Solidaritätsfonds gestützt auf Art. 22 d der Statuten. Dieser dient der Unterstützung von Mieter:innen der GBMZ bei finanziellen Engpässen, der Finanzierung von sozialen, kulturellen und baulichen Projekten und Projekten, die das Zusammenleben ihrer Mieter:innen betreffen sowie der Finanzierung von gemeinnützigen Institutionen.

2. Finanzierung

In den Fonds fliessen die gemäss den Statuten erhobenen Solidaritäts- und Unterbelegungsbeiträge, die Überschüsse der SiKo-Kassen gemäss Reglement für die Siedlungskommissionen sowie freiwillige Zuwendungen Dritter. Zudem können dem Fonds durch Beschluss der Generalversammlung und auf Antrag des Vorstands freie Mittel zugewiesen werden. Der Vorstand sorgt dafür, dass der Solidaritätsfonds die Grenze von Fr. 100'000 in der Regel nicht unterschreitet. Der Fonds darf nie ins Negative fallen.

3. Verwendung

Der Solidaritätsfonds kann eingesetzt werden für:

Mieterschaft:

Unterstützungsleistungen an die angemeldeten Mieter:innen der GBMZ (ausgenommen befristete Untermietersverhältnisse, Gewerbemietter:innen), die in finanziellen Schwierigkeiten sind oder einen Leistungsbeitrag benötigen, der im Zusammenhang mit der Wohn- und Lebenssituation steht oder unvorhergesehen eingetreten ist.

Zusammenleben:

Beiträge an Anlässe, Aktivitäten und Projekte der Bewohnerschaft und der Kommission Soziales, die den Siedlungen, der Nachbarschaft und der Gemeinschaft zugutekommen.

Projekte:

Unterstützung von Projekten oder politischen Kampagnen, sofern diese mit den Themen gemeinnütziger Wohnungsbau, Wohnen oder Architektur zu tun haben oder einem sozialen oder ökologischen Zweck dienen.

Spenden:

Unterstützung von humanitären und gemeinnützigen Organisationen.

Bau:

Teilfinanzierung von baulichen Massnahmen in der GBMZ, sofern diese die Wohnqualität, den ökologischen Standard oder die gemeinschaftliche Infrastruktur zusätzlich verbessern, unter der Bedingung, dass diese nicht anderweitig gedeckt werden können und/oder dadurch ein übermässiger Mietzinsanstieg vermieden werden kann. Des Weiteren können Projekte der GBMZ unterstützt werden, um «Kunst und Bau» zu ermöglichen.

4. Grundsätze für die Unterstützung der Mieterschaft

---

1 Als Unterstützungsformen für die Mieterschaft gibt es:

- a) Unterstützung bei der Mietzinsfinanzierung
- b) Einmaliger zweckgebundener Leistungsbeitrag
- c) Unverzinstes rückzahlbares Darlehen

2 Finanzielle Beiträge und Darlehen beanspruchen können alle angemeldeten Mieter:innen der GBMZ (ausgenommen befristete Untermieter:innen), die ihren festen Wohnsitz an der GBMZ-Adresse haben und deren Mietverhältnis vertraglich geregelt und ungekündigt ist. Ausgenommen sind auch Gewerbemietter:innen, da diese keinen Beitrag an den Solidaritätsfonds leisten.

3 Finanzielle Leistungen können Personen gem. Abs. 2 gewährt werden, die unverschuldet in eine finanzielle Not geraten sind. Der Anspruch bemisst sich gemäss Art. 4 in den Ausführungsbestimmungen. Rechtsansprüche gegenüber Privaten, Privat- und Sozialversicherungen und der öffentlichen Hand gehen grundsätzlich vor (Subsidiaritätsprinzip).

4 Leistungen aus dem Solidaritätsfonds müssen schriftlich per Formular beantragt werden und bedingen eine Offenlegung der finanziellen Situation. Änderungen im Laufe der Unterstützung müssen bekanntgegeben werden. Einzelheiten werden vertraglich geregelt. Es besteht kein Anspruch auf eine Leistung und Entscheide müssen nicht begründet werden. Leistungen, die aufgrund falscher Angaben oder Unterlagen ausgerichtet wurden, sind der GBMZ zurückzuerstatten.

5. Zuständigkeiten

---

1 Die Verwaltung des Solidaritätsfonds obliegt dem Vorstand. Dieser kann Aufgaben an die zuständige Kommission und die Geschäftsstelle delegieren. Der Vorstand erlässt zudem Ausführungsbestimmungen und Bemessungsrichtlinien.

2 Für die Überprüfung von Unterstützungsleistungen an die Mieterschaft kann eine externe Fachperson beigezogen werden. Diese wird über den Solifonds finanziert. Die Kommission Soziales entscheidet abschliessend. Die Kommission Soziales regelt die Einzelheiten bzgl. Gesuchsprozess und Bedingungen und hat dem Vorstand regelmässig zu berichten.

3 Für die Erstellung der Verträge und die Bedingungen sowie die Auszahlung der gesprochenen Beträge ist die Geschäftsstelle zuständig.

4 Alle involvierten Personen unterliegen dem Datenschutz und der Schweigepflicht.

6. Berichterstattung

Die zuständige Kommission orientiert über die Verwendung im Rahmen des Jahresberichtes. Der Solidaritätsfonds wird in der Jahresrechnung separat ausgewiesen.

Dieses Reglement ist vom Vorstand am 16. Juni 2025 genehmigt und in Kraft gesetzt worden. Es ersetzt das Reglement vom 27. Mai 2004.